

Pöfener Zeitung.

№ 61.

Mittwoch den 13. März.

1850.

Inhalt.

Pöfen (Politische Wochenchau).
Deutschland. Berlin (Verhalten d. demokr. Partei); demokr. Banket zum Besten hülfsbedürft. Flüchtl.; d. neue Kriegsminister.; Veränderungen im liter. Kabinete; d. Cent.-Ausfch. d. conserv. Vereine; Breslau (Spohr; d. Tragödie: Robespierre; Lokal-Literatur); Koblenz; Hannover (Abberuf. Bülow's); Dresden (Kammerverhandl.: Deutsche Frage); Karlsruhe (Eröffn.-Rede d. Großherz.).
Schweiz. Vom Zürichsee (Bericht d. Unterfuch.-Comite's; d. Fremdenlegion; d. Notendarm).
Frankreich. Paris (d. Gesez üb. d. Bürgermeister; d. Ersafwahlten; Nat. Verf.).
England. London (Auffindung Franklins).
Italien. Rom (Erschieß.).
Locales. Pöfen (Schwurger.); Birnbaum; Wronke; Bromberg. Personal-Chronik. Pöfen. Anzeigen.

Berlin, den 12. März. Se. Hoheit der Herzog von Braunschweig ist nach Blankenburg zurückgereist.

Politische Wochenchau vom 5. bis 12. März.

In unsern verwickelten deutschen Verhältnissen scheint endlich am fernem Horizont ein schwacher Lichtstrahl erblinden zu wollen. Bisher erfolglos jeder Hoffnungsschimmer steht an der offenkundigen Hartnäckigkeit Oesterreichs, mit der es allen, auf die Einigkeit Deutschlands hingzielenden Vorschlägen entgegentritt, ohne jedoch irgendwie selbstthätig in der Sache mitzuwirken. Das energische Streben Preußens aber, dem vollstehmlichen Wunsche einer deutschen Einigkeit Befriedigung zu gewähren, scheint das Oesterreichische Cabinet nun denn doch zu veranlassen, das System des Negirens zu verlassen und zu positiven Vorschlägen überzugehen.

Die Aenderung dieser Politik hat allein Preußens strenges Festhalten an dem Bündniß vom 26. Mai hervorgerufen. Preußen aber hat auch bereits gezeigt, daß die Begründung eines Sonderbunds nicht in seiner Absicht gelegen, sondern nur eine Folge der Verhältnisse gewesen. Durch die Antwort auf die Oesterreichische Denkschrift in der Zollfrage hat es bewiesen, daß es geru bereit ist, auf alle ausführbaren Vorschläge einzugehen und so kann, treten nicht außer aller Berechnung liegende Verhältnisse ein, leicht der Erfurter Reichstag dazu dienen, daß Oesterreich, wenn es seine Hoffnung, daß es gelingen werde, Alles beim Alten zu lassen, namentlich den alten verfallenen Bundesvertrag vielleicht nur neu zu untermauern, sinken sieht, leicht gute Miene zum bösen Spiel macht, und sich einer Einigung Deutschlands mit einer parlamentarischen Vertretung, nicht ferner entgegenstellt, um nicht allen und jeden Einfluß zu verlieren.

Preußen. Die Antwort Preußens auf die Oesterreichischen Vorschläge wegen einer Anbahnung einer Oesterreichisch-Deutschen Zoll- u. Handels-Einigung ist erfolgt. Es wird darin erklärt, daß Preußen nur den Weg einer Verständigung zwischen Oesterreich, dem Zollverein, dem Steuerverein und einer Vertretung der außer diesen Verbänden bestehenden Staaten vertreten könne. Es erkennt also mit andern Worten die Ansprüche der andern Staaten, namentlich Hannovers, an, indem es seine eigenen Interessen denen des Zollverbandes gleichstellt.

Die Vorbereitungen für das Erfurter Parlament nehmen ihren sichern Fortgang. Hr. v. Madowitz, der jedenfalls die Hauptrolle übernehmen wird, ist bereits dort eingetroffen. — Bei seiner unmittelbaren vorhergehenden Anwesenheit in Berlin, ist unter seiner Theilnahme beschlossen worden: 1) Die Annahme der Verfassung mit Vorbehalt der sofortigen Revision; 2) ein neues Pressegesetz für Preußen jetzt nicht zu oktroyieren, sondern ein deutsches Pressegesetz in Erfurt zu beraten, da ein solches, von Preußen einseitig aufgestelltes, wegen des vielfachen Verkehrs mit den Nachbarstaaten, zu großen Unconvenienzen führen würde. Die Thätigkeit im Verwaltungsrathe läßt jede Furcht schwinden, daß ein Wechsel in der Politik eintreten könnte. Derselbe sucht mit Entschiedenheit dahin zu wirken, daß vor dem 1. Mai eine gesicherte Grundlage für den neuen Bundesstaat vorhanden ist.

Die wichtigsten letzten Ereignisse für Preußen sind das neue Agrar-Gesez, und das damit zusammenhängende, die Provinzial-Dentenbanken betreffende. Möchten sie wirklich ein neues, inniges Verhältnis zwischen dem kleineren und größeren Grundbesitzer herbeiführen, wie das jedenfalls beim Gesez dieser Geseze in der Absicht der Staatsregierung gelegen hat. Die Vorbereitungen zu den Wahlen zur ersten Kammer werden mit Eifer betrieben. Unsere Demokratie beabsichtigt sich nicht bei den Wahlen zur I. Kammer zu betheiligen, wohl aber bei denen der Gewerbetätigen. Eine sehr wichtige Frage, ob Ausländer sich bei letzteren betheiligen dürfen, ist in dem Entwurfe nicht berücksichtigt, dennoch sind Tausende von Gewerbetreibenden, namentlich in Berlin, dabei interessirt.

Deutschland. — Nach Gerüchten soll im April in Dresden ein großer Fürsten-Congreß stattfinden. Der Verwaltungsrath hat einstimmig beschlossen, daß die Anklagestellung gegen Hannover, wegen offener Verletzung der übernommenen Verpflichtung in Bezug auf das Bündniß vom 26. Mai, bei dem Bundesgericht eingereicht werde. — Von Sachsen ist die bestimmte Erklärung eingegangen, daß es bei dem Bündniß verbleibe.

In Kurhessen dauern die feindlichen Manifestationen gegen das neue Ministerium fort, die Kammern haben Herr v. Hassenpflug ein Misstrauensvotum gegeben.

Sachsen. Minister v. Beust ergreift im Verfolg der Kammer-Debatten, über die Deutsche Angelegenheit, das Wort und stellt zunächst vier Fragen: 1) Ist Sachsen zur Beschickung des Reichstages in Erfurt verpflichtet? 2) Ist es dazu berechtigt? 3) Was erreicht Sachsen dabei? 4) Läßt das Unternehmen jetzt noch Erfolg hoffen? Die erste und zweite Frage verneint er ??? — Hinsichtlich der dritten Frage fürchtet er, daß in Erfurt sich die kleinen Staaten dem größeren assimilieren, Sachsen daher seine Selbstständigkeit verlieren werde.

Viertens würde der Erfolg in Nichts zerfallen, wenn Preußen nicht so weit ginge, die Grenzen des Möglichen mit den Waffen auszudehnen.

Württemberg. Das neue Dreikönigs-Bündniß zwischen Sachsen, Baiern und Württemberg soll abgeschlossen sein, Hannover ist zurückgetreten, da dasselbe zu wenig konservative Garantien bietet. Der Vertrag selbst soll Oesterreich unverzüglich vorgelegt werden.

Die Thüringischen Staaten haben von der Bundes-Kommission sich nach Baiern den Befehl erhalten, ihre Contingente mobil zu machen; wozu? hierüber ist ihnen keine Mittheilung gemacht worden. Die neue Gemeinde-Ordnung ist erschienen, sie ist rein demokratisch: freie Wahl der Vertretung, allgemeines Stimmrecht, Handhabung der Polizei durch die Gemeinde, und bei Bestimmungen neuer Abgaben wird nicht nach Kopfszahl, sondern nach der Größe der Beiträge abgemittelt.

Baiern. In Folge der Vermehrung der Ostarmee in Frankreich rüftet sich auch Baiern und verstärkt die Truppen in der Pfalz.

Schleswig. Die Angelegenheiten hier sind in ein neues Stadium getreten. Der General v. Rauch ist hingesendet, um die Herzogthümer von jedem eigenmächtigen militärischen Handeln abzumahnern, widrigenfalls sämtliche Preussische Offiziere aus der Schleswig-Holsteinischen Armee würden abberufen werden.

Oesterreich. Die Feier des Tages (4. März), an welchem die Charte verliehen worden, wurde mit großem Gepränge begangen. — Die Verlängerung der Interims-Kommission in Frankfurt ist beschlossen, und man hofft, daß Preußen darein willigen werde. — Der Einmarsch Oesterreichischer Truppen in Württemberg soll so gut als gewiß sein. — Die böhmische Armee wird immer noch verstärkt. — Die neue Gendarmerie ist in Ungarn bereits ins Leben getreten; sie erweist sich als sehr nützlich, namentlich haben die vielen Räubereien sehr abgenommen. — Die Honveds-Aspiranten dauern fort. — Auf den Grenzen Oesterreichs scheint die Lürkische Insurrektion in Bosnien und Kroatien weiter um sich zu greifen.

Frankreich. Die Straßburger Garnison wird aus dem südlichen Frankreich verfährt, außerdem werden aber noch 23,000 Mann Rekruten eingezogen. Die Französische Regierung hat jedoch erklärt, daß diese Vorsichtsmaßregeln nur die inneren Verhältnisse betreffen. — Der General Changarnier hat den ihm angebotenen Oberbefehl über die Ostarmee abgelehnt und General Magnan wird denselben erhalten. — Gerüchte sagen, daß Louis Napoleon, kurz vor der Wahl eines neuen Präsidenten, abhandeln wird, um wieder gewählt werden zu können, da eine unmittelbare Wiederwahl unzulässig ist.

Die Wallfahrten nach der Julisäule und die damit verbundenen Betränyungen derselben, dauern fort. — Die Wärcan's haben sich gegen das Prinzip der Abhängigkeit der Maires von den Präfekten ausgesprochen — dieses Resultat zeugt von der Uneinigkeit der Majorität. Es zeugt aber auch von Wahnsinn, im jetzigen Augenblicke der socialen Partei gegenüber, sich zu verneinigen, jetzt, wo es gilt, behufs der Wahlen zusammen zu halten. Das Ministerium soll jedoch geneigt sein, wesentliche Modifikationen eintreten zu lassen. — Der Bürger Vintry, Demokrat aus Lyon, verkündet das sociale Evangelium. Es lautet: Alle Reichen sind vor das Gericht des Volkes zu stellen, nur wer sein Eigenthum freiwillig giebt, kann der gerechten Strafe entgehen. — Aus der Feder Louis Napoleons sind 2 interessante Artikel geflossen, der erste betrifft die Schweizer Frage, der zweite widerlegt das Gerücht, als wolle die Regierung ein Attentat auf die Verfassung begehen. — Die Parteien in Paris beschäftigen sich immer noch mit den Ergänzungswahlen, die Candid. der conservativen Partei sind: Cahitte, Adv. Bonjean und Obrist Joy, Sohn des bekannten Generals.

Italien. Der Gen. Baraguay d'Hilliers hat nun endlich seine Drohungen wahr gemacht, und sofort einige Leute, die wieder Angriffe auf Französische Soldaten unternahmen, erschießen lassen. — Das Gerücht verbreitet sich immer mehr, daß Oesterreichische Truppen Rom besetzen und die Französischen nur die Grenzen schützen, resp. besetzen werden. — Räuberhorden haufen in der Romagna. — Die Päpstliche Armee soll durch fremde Offiziere organisiert werden.

Griechenland. Die Zerwürfnisse mit England sind noch nicht beseitigt, und die Blokade ist noch nicht verschärft worden; jedes Schiff, das den Versuch macht, zu entfliehen, wird beschossen, trotzdem ist es mehreren kleinen Fahrzeugen gelungen, ihre Flucht glücklich zu bewerkstelligen. Doch geht aus der Rede Lord Palmerstons hervor, daß die Französische Vermittlung nicht abgelehnt ist, und die Beschlagnahme der Griechischen Schiffe nur eine Repressalie wegen Nichtzahlung der Forderungen sein soll. Der König und die Minister sollen aber fest entschlossen sein, nicht nachzugeben, wenn dies nicht von den Schutzmächten geradezu verlangt wird. Die Aufregung im Lande steigt, da die Schiffsahrt, das Hauptlebens-Element Griechenlands, da-nieder liegt.

Schweiz. Die Nekerereien an der Badenschen Grenze mehrten sich. Kein Handwerksbursche darf die Schweizergrenze überschreiten. Canton Argau hat deshalb gleiche Maßregeln eintreten lassen. — Die Fremdenlegion in Algier ist übrigens der Ausweg, den die Schweizerbehörden gefunden, um die immer lästiger werdenden Flüchtlinge los zu werden, und es gewinnt immer mehr den Anschein, als wolle die Central-Regierung sowohl, als auch die der einzelnen Cantone sich Ruhe in dieser Hinsicht verschaffen. Zu diesem Zwecke werden auch die strengsten Maßregeln gegen die Deutschen Arbeitervereine ergriffen.

Dänemark. Der Dänische Volksting hat das Anleihe-Gesez, behufs Fortführung des Krieges angenommen; da es mit der freiwilligen Anleihe nicht recht besonders aussteht, wird man wohl zu einer Zwangsanleihe schreiten.

Deutschland.

Berlin, den 10. März. Während die conservativen Vereine in Berathung treten, wie sie, nachdem das neue Vereinsgesez in Kraft

getreten sein wird, ihre Wirksamkeit dennoch fortzusetzen vermögen, hat sich von den hiesigen demokratischen neun Volksvereinen der dritte aufgelöst und der fünfte vertagt; auch wird sich die sogenannte Volkspartei bei den bevorstehenden Wahlen zur ersten Kammer entschieden nicht betheiligen. Dies ist nun entweder die höchste Kraft oder die größte Schwäche und eine Ausdehnung des passiven Widerstandes, von der die Geschichte erst ein Beispiel aufweist. Nichtsdestoweniger muß diese Partei auf der andern Seite wieder sehr thätig sein; wenigstens hört man alle Tage von einem neuen Unternehmen in ihrem Schooße. Gestern z. B. hat das Unterstützungscomite für die hülfsbedürftigen Flüchtlinge einen großen Ball bei Kroll veranstaltet, welcher unstreitig die glänzendste Demonstration dieser Art war, die jemals von den Demokraten unternommen worden ist! Gegen die Demokratie von 1848 muß sich die jegige sehr veredelt haben, denn es soll nicht allein mit dem höchsten Anstande auf jenem Balle zugegangen, sondern es sollen auch manche aristokratische Persönlichkeiten dort gegenwärtig gewesen sein. Die Zahl der Theilnehmer hat, wie man hört, über Zweitausend betragen, trotzdem die Nationalzeitung von demselben Morgen durch einen Artikel über das Fest redlich dahin gewirkt hatte, Furcht und Verdacht zu erwecken. Dem Artikel zufolge sollte nämlich Fräulein Kroll vor das Polizeipräsidium gefordert und ihr dort eröffnet worden sein: „man wolle ihr, wenn sie ihr Lokal zu dem Ball verweigere, den daraus erwachsenden Schaden ersetzen; jedenfalls müsse sie sich eine Ueberwachung durch Schutzmänner und Militär gefallen lassen.“

Bei den häufigen, sehr merkwürdigen Auflösungen demokratischer Vereine, war diese Nachricht wohl geeignet, Besorgniß zu erregen und Viele von dem Besuch des Festes abzuhalten, wenn man einmal annehmen wollte, daß die Behörde eine Tanzgesellschaft als eine politische Versammlung anzusehen sich berufen fühlen würde. Indessen hat sich der erwähnte Artikel der Nationalzeitung als das Resultat einer Däpierung erwiesen, indem zwar in den Vorräumen eine ziemliche Anzahl von Constablern unter dem Befehle des Wächmeisters Herrn Kaiser versammelt, von Militär jedoch keine Spur vorhanden gewesen sein soll und die inneren Säle der Obhut eines Commissarius anvertraut waren. Spafshast ist es, daß eine solche Däpierung gerade dem Organ der demokratischen Partei passirte, welches sich so gern auf das hohe Pferd setzt und seine Quellen immer als die besten gelten lassen möchte. Es hat durch seine Voreiligkeit seiner eigenen Sache geschadet.

Berlin, den 10. März. Gestern und vorgestern hat sich unser neuer Kriegsminister sämmtliche Beamte im Ministerium vorstellen lassen. Die Leutseligkeit, mit welcher er sich jedem Einzelnen näherte und mit ihm sprach, hat ihm aller Herzen gewonnen. — Andere Zeitungen beschäftigen sich jetzt sehr mit dem neuen Vorstande des literarischen Kabinetts; was sie aber seither gebracht, entbehrt der Begründung. Wahr ist allerdings, daß Herr v. Meusebach, begleitet von dem jungen Thieremin, der bisher im auswärtigen Ministerium beschäftigt gewesen ist, als General-Konful Ende dieses Monats nach Bucharest geht; unwahr jedoch, daß Hr. Eulenburg an die Spitze des Kabinetts getreten ist. Bis zu dem Abgange des Herrn v. Meusebach ist der Assessor v. Nordenskyt mit der provisorischen Leitung beauftragt; für Herrn Feldhaus, der als Consistorial-Secretair nach Magdeburg geht, wird, wie es heißt, der bekannte Literat Ryno Ducht eintreten.

Gestern Abend hatte der Central-Ausfchuf der conservativen Vereine die Bezirksvorstände zu einer Konferenz eingeladen. Nachdem zunächst die Aufforderung ergangen war, sich bei allen Wahlen auf das Lebhafteste zu betheiligen, schlug man vor, einen Central-Wahlverein für Abgeordnete, Gewerbe- und Stadtverordneten-Wahlen zu bilden. Dagegen wurden aber Bedenken geäußert und die Beibehaltung der jetzigen Organisation empfohlen, die sich jedoch nicht mehr mit politischen, sondern mit socialen Fragen beschäftigen sollte.

Die Nachricht, daß Bülow von Hannover abberufen worden sei, hat sich nicht bestätigt, wenigleich das Auftreten dieses Staates Preußen gegenüber einen solchen Schritt rechtfertigen würde. — Gestern Abend fand bei Kroll das demokratische Banket zum Besten der politischen Flüchtlinge statt. Wie ich gehört, hatte unser Polizei-Präsident nicht übel Lust, seine Zustimmung zu versagen, gestattete es jedoch, als ihm vorgestellt wurde, daß dazu bereits einige Tausend Willens abgesetzt seien. Uebrigens waren Vorsichtsmaßregeln getroffen, denn die Schutzmannschaft war auf ihrem Posten und spät Abends sah man Dragoner-Patrouillen den Thiergarten durchstreifen. Im Lokale selbst war der von der Demokratie so sehr gehaßte Wächmeister Kaiser stationirt, fand aber diesmal durchaus keine Veranlassung, die Versammlung aufzulösen. — Das Comite, das sich bisher nicht genannt hat, soll mit seinem Geschäft, d. h. mit der Einnahme, zufrieden sein. — Auf dem Ball sah man auch viele Conservative, denen man gesagt, das Fest sei zu einem wohltätigen Zweck veranstaltet; daß politischen Flüchtlingen das Geld zu Gute kommen sollte, hatte man wohlweislich verschwiegen.

Berlin, den 9. März. Es war ein althergebrachter Gebrauch, oder, wenn man genauer sein will, Mißbrauch, demzufolge die Postbeamten die Briefe, welche sie untereinander wechselten, nicht bezahlten, sondern mit dem „frei“ und ein Paar Kreuzer versehen, mit welchem Talisman sie von selbst portofrei waren, also kein Briefgeld weiter zahlten. Neuerdings ist aus dem Handelsministerium ein an sämmtliche Postbeamte erlassenes Rescript ergangen, worin sie vor diesem gesekwidrigen Frankiren mit dem Bemerken verwahrt werden, daß alle derartige Geschüßretreter sich, neben den Amtstrafen, noch des Betrugs und der Veruntreuung schuldig machen. Es müssen daher die Briefe der Beamten wie alle Privatbriefe behandelt werden. Bemerkte möge hierbei noch werden, daß das Französische Finanzministerium ganz kürzlich auch erst eine strenge Kontrolle in Betreff der portofrei gehenden Amts-Correspondenz eingeführt hat, daß die angekommenen amtlichen Schreiben acht Tage lang Verhuf einer etwaigen Super-Revision offen gehalten werden müssen. — Der Regierungs-Vizepräsident, Herr Wallach, welcher noch nach der März-Revolution diese Stelle in Königsberg besaß, und danach

den Ober-Präsidenten zu vertreten hatte, dann aber zur Verfügung gestellt und später zum Mitgliede der jetzt aufgelösten ersten Kammer gewählt worden, ist jetzt zum Regierungs-Vizepräsidenten in Stettin ernannt worden. — Heute Vormittag wurden die Polizei-Commissarien und die Offiziere der Schutzmannschaften auf die Verfassung beeidigt. (Const. Ztg.)

† Breslau, den 10. März. Die Nachricht, daß der General-Musikdirektor Louis Spohr im Juni d. J. nach Breslau kommen werde, hat freudige Aufregung sowohl bei unseren Tonkünstlern als dem musikalischhabenden Publikum hervorgebracht, und man beschäftigt sich bereits vielfach mit Plänen, seine Ankunft hier selbst würdig zu verherrlichen. Gestern wurde die Tragödie „Marimilian Robespierre“ zum ersten Male auf unserer Bühne gegeben. Der Zudrang war außerordentlich groß und der reichlich gespendete Beifall bewies, daß sich das Publikum in seinen Erwartungen nicht getäuscht fühlte. Schon heut erfolgt die zweite Aufführung dieses Stückes. Es darf mit um so größerer Freude begrüßt werden, als sämtliche neuere Produkte, deren Darstellung in der letzten Zeit auf unserem Theater versucht worden ist, hinter den an sie gestellten Anforderungen und Hoffnungen zurückgeblieben sind. Hierunter gehören auch „die Genfer“ von Max Ring, eine Tragödie, in welcher der Verfasser den Kampf des freien Geistes gegen das starre, erdödtende Wort verherrlichen wollte; jene repräsentiert Michel Servet, der Vertreter des Letzteren ist Calvin. Eine blühende und poetische Diktion, ein Paar auf den Effekt berechnete Scenen und eine nicht geringe Anzahl geschickt verwebter Stichworte und Anspielungen auf die Bewegungen der Neuzeit erregten bei den ersten Aufführungen den Beifall des Parterres und der Gallerie, aber man wurde bei dem Mangel an allem tieferen Gehalt des Stückes, recht lebendig an die zürnenden Worte erinnert, welche Faust dem Wagner zuruft: „Dauert euch nur immer, leimt zusammen, braut ein Ragout aus Andrer Schmaus, doch werdet ihr nie Herz zu Herzen schaffen, wenn's euch nicht selbst von Herzen geht.“ Trotz alledem erregten die Genfer bei ihrem Erscheinen sehr viel Aufmerksamkeit, fast soviel, als ein Roman desselben Verfassers, auf welchen wir im Hinblick auf die bevorstehenden Schwurgerichts-Verhandlungen über die November-Ereignisse aufmerksam machen, da er wesentlich zum gehörigen Verständnisse der letzteren bei allen denen dienen dürfte, welche das politische Leben und Treiben Breslau's zu jener Zeit nur aus Zeitungs-Berichten kennen. Der erwähnte Roman, welcher vor einigen Monaten erschienen ist, führt den Titel: „Berlin und Breslau“ und enthält sehr anschauliche, wenn auch nur stizzenhafte Darstellungen der November-Gährung in jenen beiden Städten. Namentlich sind die hervorragenden Persönlichkeiten mit wenigen, aber völlig charakterisirenden Worten geschildert; eine Ausnahme hiervon macht nur Berthold Auerbach, der gemüthliche Dichter der „Dorfgeschichten“, welcher im Sommer 1848 mit den Gemäßigten aus dem demokratischen Hauptclub austrat und den deutschen Volksverein bilden half. Diesen zwar als Jdylschreiber sehr liebenswürdigen, als Politiker jedoch durchaus nicht bedeutenden Mann hat Max Ring, mit erschüttert allzugroßer Vorliebe und einer Parteilichkeit geschildert, von welcher er sich sonst fern zu halten gesucht hat. Noch geistvoller und schärfer als das genannte Buch, welches übrigens noch vor Kurzem fast alle andere Lektüre bei dem Breslauer Publikum verdrängt hatte, ist die Brochüre: „Breslau und seine Politiker“ von einem Ungenannten, welches ebenfalls Schilderungen und Aufschlüsse über die Vorgänge enthält, deren letzte Entwicklung nächstens vor den Äpfeln erfolgen wird.

Koblenz, den 9. März. (R. Z.) Heute Nachmittags hat Sr. Königliche Hoheit der Prinz von Preußen sich mit dem Dampfschiff „Marianne“ zu einem Besuche nach Bonn zu seinem Sohne begeben; doch sieht man seiner Rückkehr morgen Abends entgegen.

Hannover, den 7. März. Uns wird glaubwürdig berichtet, schreibt die Zeitung für Norddeutschland, daß der hiesige Preussische Gesandte, Herr v. Bülow, heute morgen abberufen worden sei.

Dresden, den 7. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurden endlich die Verhandlungen wegen der Deutschen Frage zu Ende geführt. Der allgemeine Antrag der Majorität des Ausschusses: Die Kammer wolle gegen die Regierung als ihre feste Ueberzeugung aussprechen: daß sie eine schiefe und unverzögerte Erledigung der Deutschen Verfassungsfrage im Geiste der, schon von der National-Versammlung zu Frankfurt angestrebten Begründung eines Bundesstaates mit parlamentarischer Regierung und einer aus Wahlen des Volkes hervorgehenden Gesamtvertretung als die unerlässliche Bedingung nicht allein der Herstellung eines gesicherten und dauernden Zustandes der allgemeinen Deutschen Verhältnisse, sondern insbesondere auch einer gedeihlichen Entwicklung der inneren Sächsischen Angelegenheiten und einer erspriesslichen Thätigkeit der Sächsischen Volksvertretung betrachte; welcher Erklärung, nach dem Vorschlage von vier der sechs Majoritäts-Mitglieder, noch der weitere Zusatz hinzugefügt werden soll: daher auch nur einer in diesem Sinne aufrichtig vorgehenden Regierungspolitik ihre Unterstützung zu gewähren vermöge. Die Abstimmung über den Hauptfas dieses Antrags erfolgte durch Namensanruf: er wurde mit 59 gegen 9 Stimmen angenommen. Der Nachfas dieses Antrages wurde dann ebenfalls, und zwar mit 36 gegen 32 Stimmen angenommen.

Antrag des Abg. Funckhanel: Die Kammer wolle noch vor dem Eingehen auf die speziellen Anträge des Ausschusses der Regierung erklären, daß sie bei Erledigung der Deutschen Verfassungsfrage jedenfalls die den einzelnen Deutschen Völkern, namentlich dem Sächsischen Volke durch die Sonderverfassung und die Grundrechte zustehenden Rechte gesichert wissen wolle. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Spezielle Anträge der Majorität des Ausschusses sind: Die zweite Kammer wolle im Verein mit der ersten Kammer die Staatsregierung veranlassen: 1. den Verwaltungsrath aufs Neue unverweilt durch einen Bevollmächtigten zu beschicken und somit an den Verhandlungen desselben wieder Theil zu nehmen, auch auf diesem Wege die mit Rücksicht auf den zur Zeit noch beschränkten Umfang des Bundesstaates und Sächsens Stellung in demselben ihr etwa notwendig scheinenden, jedoch mit dem Wesen des konstitutionellen Bundesstaates verträglichen Abänderungen des Entwurfs vom 26. Mai 1849 als transitorische Bestimmungen bis zu dem zu hoffenden Beitritte der übrigen rein Deutschen Staaten zu beantragen; 2. die Wahlen zum Reichstage in Erfurt ungesäumt zu veranlassen und dergestalt zu beschleunigen, daß die Sächsischen Abgeordneten, wenn nicht beim Beginne, doch mindestens im Laufe der Verhandlungen in denselben einzutreten im Stande sein möchten; 3. das mit Preußen und Hannover vereinbarte Wahlgesetz für dieses erste Volkshaus bei seiner Ausführung in möglichst liberalem und den besonderen Verhältnissen Sachsens Rechnung

tragendem Sinne zu handhaben und die desfallige Ausführungs-Verordnung zuvor den Kammern zur Abgabe ihrer Erklärungen darüber vorzulegen; 4. bei der dem Reichstage zu machenden gemeinsamen Vorlage der Verfassung, sowie bei den auf des letzteren Beschlußnahmen von Seiten der verbundenen Regierungen abzugebenden Erklärungen jeder etwa versuchten Schmälierung der im Entwurfe vom 26. Mai 1849 verbürgten Freiheiten und konstitutionellen Einrichtungen ihre Zustimmung zu versagen; 5. inzwischen Alles aufzubieten, sowohl im Wege direkter Verhandlungen, als auch durch den Verwaltungsrath, um die Regierungen von Baiern und Württemberg zu einer Vereinbarung mit den Staaten des Bündnisses vom 26. Mai und zur Theilnahme am Reichstage bewegen; endlich 6. in gleicher Weise dahin zu wirken, daß der Weg, den der Verwaltungsrath zur Anbahnung eines Unionsverhältnisses mit Oesterreich durch Niedersetzung einer besonderen Kommission (in seiner 49sten Sitzung am 9. Oktober v. J.) und Beauftragung derselben mit gütlichem Verichte hierüber eingeschlagen hat, unverdroffen und beharrlich verfolgt werde.

Ueber den Antrag sub 1. wurde durch Namensanruf abgestimmt; er wurde mit 38 gegen 30 Stimmen angenommen. Die Anträge sub 2. und 3. wurden mit 35 gegen 33 Stimmen abgelehnt, die Anträge 4.—6. aber angenommen, und zwar 4. mit 37 gegen 31, 5. mit 39 gegen 29, und 6. mit 42 gegen 26 Stimmen. Der in der heutigen Sitzung eingebrachte Antrag des Abg. Wiedermann: „Die Kammer wolle, unter Hinweisung auf die §§. 2, 86, 96, 152 und 154 der Verfassungsurkunde, ihr Recht der Zustimmung zu jeder Deutschen Verfassung, die von allen oder von einzelnen Deutschen Regierungen ausgehen und woran die Sächsische Regierung Theil nehmen möchte, wahren, und für die strenge Aufrechterhaltung dieses Rechtes die Rathgeber der Krone ausdrücklich verantwortlich zu machen.“ Der erste Theil desselben wurde einstimmig, der zweite gegen 3 Stimmen von der Kammer angenommen. (Const. Z.)

Karlsruhe, den 6. März. Der Wortlaut der heute vom Großherzog gehaltenen Thronrede ist folgender:

Edele Herren und liebe Freunde! Tief bewegt heiße Ich Sie willkommen in dieser ersten Stunde. Möge sie der Anfang sein besserer Zeiten! Traurig ist der Blick in die jüngste Vergangenheit. Das bestiedigende Bild, das Ich, freudig ergriffen von der Lage des Landes, entwarf, als Ich vor zwei Jahren von dieser Stelle die Versammlung der Stände begrüßte, ist zertrümmert; die Hoffnungen, die Ich damals aussprach, sind getrübt, die Früchte jahrelanger Mühen dem Volke verloren, der Wohlstand und das Glück zahlreicher Familien erschüttert.

Das sind die Folgen des unseligen Aufstubs, der, durch alle Mittel der Berührung lange vorbereitet, plötzlich mit betäubender Schnelligkeit überallhin Verwirrung ergoß. Mit Schmerz und Widerstreben erwähne Ich, daß Männer — einst Mitglieder dieses Hauses und durch feierlichen Eid Mir zur Treue und der Landes-Verfassung zum Schutze noch besonders verpflichtet — die Häupter waren der Empörung. Eine hochverrätherische Versammlung führten sie in diese Räume, denen wir heute ihre Weihe wiedergeben.

Nur die mit der Gnade der Vorsehung schnell und aufopfernd geleistete Hilfe bewährter Bundes-Genossen — für die wir zu unvergänglichem Danke verpflichtet sind — hat dem Lande die Nothwendigkeit erspart, den Reich des Leidens bis zum Grunde zu leeren. Auf den Thron Meiner Väter zurückgekehrt, habe Ich dem Gesetze wieder Achtung verschafft und mit der geretteten Verfassung ein Banner errichtet, um das sich Alle scharen sollen, die zu wirken bereit sind für des Vaterlandes Ehre und Wohlfahrt.

Was wir aber hierfür auch thun mögen, es ist in seinem Erfolge wesentlich bedingt durch die glückliche Lösung der großen Verfassungsfrage, welche die Gemüther der Deutschen aller Stämme fort und fort in Aufregung erhält. Der erste Versuch hierzu ist mißlungen. Aber ein zweiter Weg nach dem gleichen Ziele ist durch das Bündniß zwischen Preußen und einer Reihe anderer deutscher Staaten eröffnet. Ich bin dieser Vereinbarung beigetreten, trennen meine stets bewährten Gesinnungen und mit dem festen Entschlusse, so viel an Mir ist, mitzuwirken, daß dem lebhaft erwachten gerechten Selbstgeföhle der Nation Genüge geschehe und Deutschland einzig im Innern und stark nach Außen sei. Daß ich dabei im Sinne des Landes handelte, konnte Mir, nach allen früheren Vorgängen, keinen Augenblick zweifelhaft sein. Die Urkunden über das abgeschlossene Bündniß werden Ihnen vorgelegt werden, und mit vollkommener Zuversicht sehe Ich Ihren Beschlußfen hierüber entgegen.

Hochwichtige Fragen der Landes-Gesetzgebung erwarten noch ihre Erledigung. Die bedeutendsten unter ihnen sind aber von der Neugestaltung der Deutschen Zustände zu sehr abhängig, als daß man sie im Augenblicke mit Vortheil behandeln könnte. Meine Regierung wird sich daher für jetzt auf die nothwendigsten Vorlagen beschränken. Vor Allem werden Sie die provisorischen Gesetze zur Zustimmung erhalten, die — durch die außerordentlichen Verhältnisse geboten — in ausgedehnterem Maße als sonst erlassen werden mußten.

Sodann werden Ihnen über die Polizei der Presse, über Vereine und Volksversammlungen, über die Bürgerwehr und über die Bestellung der Gemeinde-Beamten Gesetzes-Entwürfe vorgelegt werden, welche die neuen freieren Institution vor ihrem gefährlichsten Feinde, dem Mißbrauche, zu schützen und die Beseitigung der gegenwärtigen Ausnahmestände anzubahnen bestimmt sind. Auch die nothwendige Abänderung der Gesetze über die Rechte der Staatsdiener wird ein Gegenstand Ihrer Berathung sein.

Die früher vielfach erörterte gänzliche Umgestaltung der Verwaltung und der Rechtspflege ist zur Zeit noch nicht wieder aufgenommen worden. Die unvermeidlichen Folgen, ein großer finanzieller Aufwand und eine zwar vorübergehende, aber tief in das bürgerliche Leben eingreifende Hemmung des Rechtsverkehrs, sind mit der gegenwärtigen Lage des Landes nicht vereinbar. So weit übrigens diese Rücksichten schweigen, sind einzelne Entwürfe zur Verbesserung der bürgerlichen und Strafrechtspflege zur Uebergabe bereit.

Ueber die Verwendung der Staatsgelder in der jüngsten Vergangenheit und über die Bedürfnisse der jetzigen Budget-Periode werden Sie, edle Herren und liebe Freunde, unverzüglich die verfassungsmäßigen Vorlagen erhalten. Deren Berathung wird Gelegenheit geben, die Verhältnisse unseres Heerwesens — das in fortschreitender Reorganisation begriffen ist — einer umsichtigen Erörterung zu unterziehen.

Leider ist der Zustand des Staatshaushaltes nicht günstig. Die Ereignisse der beiden verfloffenen Jahre haben die Einnahmen sehr herabgedrückt, die Ausgaben ungewöhnlich gesteigert. Durch den letzten Aufruhr hat überdies der Staat an Geld und Geldeswerth große Verluste erlitten. Auch in der nächsten Zukunft werden, aller thumlichen Einschränkung ungeachtet, neben den ordentlichen, beträchtliche außer-

ordentliche Ausgaben bestritten werden müssen. Wie dennoch mit möglicher Schonung des Volkes das Gleichgewicht zwischen den Ausgaben und Einnahmen hergestellt werden könne, ist Meine und wird auch Ihre angelegentlichste Sorge sein. Meine Regierung ist angewiesen, Ihnen die deshalb erforderlichen näheren Mittheilungen zu machen.

Edele Herren und liebe Freunde! An Meinem ersten Willen, Alles zu thun, was unsere Zustände verbessern kann, werden Sie nicht zweifeln. Die alte Liebe zu Meinem Volke steht fest. Nur mit Schmerz erfüllt es Mich, daß eine dreimalige Aufsehnung zum Sturze des Thrones und der Verfassung, die Verschuldung unfähigen Glendes und ungebeugter Trotz die Nothwendigkeit herbeigeführt haben, der Strenge des Gesetzes ihren Lauf zu lassen. Die Gerechtigkeit ist das Fundament der Staaten, die Mißachtung der Gesetze ihr Untergang. Dies im Auge zu haben als Regent, ist Meine Pflicht; Mein Recht, das schönste der Krone, ist die Gnade. Fern über Ich sie gegen die Einzelnen, die sie neuwoll anrufen, wenn es nur immer vereinbar ist mit dem Ernste der Gerechtigkeit und der Fürsorge für die Gesamtheit.

Von Ihnen, edle Herren und liebe Freunde, bin Ich fest überzeugt, daß Sie in Gemeinschaft mit Mir und Meiner Regierung dahin wirken werden, ein neues Band des Vertrauens um uns Alle zu schlingen, Ruhe und Friede in die Gemüther und damit das Glück in die gottgesegneten Auen unseres schönen Vaterlandes zurückzuführen. Niemand haben Alle, die zum öffentlichen Wohle mitzuwirken berufen sind, mehr des klaren Blickes in den Organismus des Staatslebens und in die Wechselwirkungen aller politischen und sozialen Einrichtungen, mehr der Selbstverläugnung und des festen Zusammenhaltens für das Wesentlichste, was noth thut, bedurft, als in dieser Zeit, wo von den Feinden der Ordnung mit aller List und Kunst unablässig ein Vertilgungskrieg gegen die Grundlagen der Gesellschaft erhoben ist.

Geben Sie dem Volke das schöne Beispiel der vorurtheilsfreien Mäßigung, versöhnlichen Gesinnung und einträchtigen Thätigkeit unter Sich und mit der Regierung, auf dem Wege freier Verständigung, wahrer Vaterlandsliebe und fruchtbringenden Wirkens. Die Blicke des Vaterlandes sind auf Sie gerichtet. Daß Ihr Beginnen ihm zum Wohl und zur Ehre gereiche, dafür erlehe Ich den Segen des Allmächtigen.

Schweiz.

Vom Zürichsee, den 6. März. (Köln. Z.) Das in Zürich bestandene „Komitee zur Unterstützung der Deutschen Flüchtlinge“, das sich am 12. Februar auflöste, hat einen Rechenschafts-Bericht veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß sich im vorigen Sommer anfänglich mehr als 4000 Flüchtlinge allein im Kanton Zürich befanden, und daß diese Zahl erst allmählich auf 2000 herabsank. Das Komitee nahm, außer Kleidungsstücken u. s. w., an baarem Gelde ein: 25,171 Schw. Fr. 13 Rappen, die in folgender Weise verwendet wurden: 348 Unterstützungen nach spezieller Bestimmung der Geber: 1962 Fr. 65 Rp.; Unterstützungen von 4—300 Bagen, größtentheils einmalige, an 3253 Mann: 9783 Fr. 72 Rp.; an andere Komitee's: 5713 Fr. 65 Rp.; für Schuhwerk: 5367 Fr. 49 Rp.; für Kleider: 1707 Fr. 90 Rp.; für Verschiedenes: 635 Fr. 98 Rp. Das Komitee bestand aus in Zürich niedergelassenen Deutschen und Schweizern; das gegenwärtige, nur aus aus Deutschen bestehende, ist dem Central-Komitee zu Bern untergeordnet. — Mit dem heutigen Tage geht die Frist zu Ende, welche die Züricher Polizei den Flüchtlingen zur Anmeldung für die Fremdenlegion in Algier gesetzt; auf Verwendung des Bundesrathes hatte die französische Regierung den Flüchtlingen den Eintritt in dieselbe gestattet; wir glauben aber nicht, daß gar Viele von dieser Vergünstigung Gebrauch gemacht haben; die barbarische Behandlung der Legionäre seitens ihrer Vorgesetzten ist allzu bekannt. — Bei den Untersuchungen gegen die Deutschen Arbeiter wird nicht viel heranskommen; ein halboffizieller Artikel der „N. Z. Z.“ meint zwar, die Darstellung sei auf beiden Seiten übertrieben; wir unsererseits beharren dabei, daß wenigstens die Vereine der östlichen Schweiz keine revolutionäre Tendenz hatten. Um so schmächtlicher ist es, wenn einzelne „liberale“ Blätter noch vor Ausmittelung des faktischen Bestandes ihr Verdamnungs-Urtheil fällen. — Meine während des ganzen Notenlärms behauptete Ansicht, daß demselben nicht viel Wirklichkeit zu Grunde liege, bestätigt sich mehr und mehr — die ausgestreckten Fühlhörner werden von allen Seiten wieder eingezogen; der Verfasser eines Artikels der „Eid. Ztg.“ vom 5. März „Vom Bodensee“, der „durch seine sociale Stellung im Falle ist, über die Absichten der Deutschen Kabinette aus sicheren Quellen zu schöpfen“, bestätigt die Abneigung des Französischen Präsidenten und der Führer der Majorität gegen eine Einmischung in unsere Angelegenheiten; das Oesterreichische und das Preussische Kabinet befinden sich in einem Zustande solcher, wenn auch nicht äußerlicher, doch innerlicher Spannung, daß an ein gemeinsames Zusammenwirken nicht zu denken; der Bundesrath möge nur fortfahren, die Flüchtlings-Politik ruhig und loyal zu handhaben, und die Schweiz brauche keine fremde Intervention zu fürchten. Der Verfasser tadelt sodann eine vom Bundesrath an Preußen über dessen Intentionen, auch mit Bezug auf Neuenburg, erlassene Note als einen diplomatischen Fehler; man sei dadurch in Berlin empfindlich geworden.

Frankreich.

Paris den 6. März. (Köln. Ztg.) Das Gesetz über die Bürgermeister war heute in der National-Versammlung fast der einzige Gegenstand der Unterhaltung. Man versicherte daselbst, das Ministerium sei geneigt, wesentliche Abänderungen desselben zu genehmigen, nur um die Legitimisten auf seine Seite zu ziehen; diese scheinen jedoch bis jetzt entschlossen, auf der unbedingten Verwerfung eines Gesetzes zu beharren, das sie als einen bedeutenden Vorschritt zur Herstellung des Kaiserthums betrachten.

In der heutigen Sitzung der National-Versammlung wird, nachdem letztere sich für die Inbetrachtung zweier Vorschläge, des einen von Peupin über eine neue Organisation der Pfandhäuser und des andern von Raudot über eine Abänderung der Geschäfts-Ordnung ausgesprochen hat, zur zweiten Berathung des wichtigen Vorschlages von de Melun über Verbesserung der ungesunden Wohnungen der unteren Klassen geschritten, also über einen Gegenstand, der einen integrierenden Theil des organischen Gesetzes über den öffentlichen Beistand bildet. Das Gesetz, wie die Commission es entworfen hat, beschränkt sich darauf, den Gemeinderäthen nach Befinden der Umstände die Ernennung einer Commission zu überlassen, welche die als ungesund bezeichneten Wohnungen zu untersuchen und die anzubringenden Verbesserungen vorzuschreiben hat, und denselben die Befugnis zu ertheilen, die rentirenden Eigentümer solcher Wohnungen unbüthigfalls durch Geldstrafen zur Ausführung der von der Commission vorgeschlagenen und vom Gemeinderathe genehmigten Verbesserungen zu zwingen. Die Diskussion des Gesetzes, das keinen Widerstand findet, dreht sich hauptsächlich um einen Zusatz-Antrag von Bolowski, der die Erbauung von Arbeiter-Wohnungen und die Aus-

behnung des ganzen Gesetzes auf die Fabriken und Manufakturen verlangt. Die Commission will den ersten Theil dieses Antrages auf das Ende dieses Gesetzes reservirt wissen und verwirft den zweiten Theil, als zu einem besonderen Gesetze über die Fabriken und Manufakturen gehörig. Die einzelnen Artikel des Gesetzes über die Verbesserung ungesunder Wohnungen werden hierauf angenommen, bis auf denjenigen, der von den Strafbestimmungen gegen rentirende Hauseigentümer handelt und der nachmals dem Ausschuss zur Prüfung überwiesen wird. Der Zusatz-Antrag Wolowski's, die Begünstigung der Erbauung von Wohnungen für die unteren Klassen betreffend, wird beseitigt, besonders aus der Rücksicht, daß derselbe socialistischer Natur sei, indem er den Geldbeutel Aller zum Vortheil Einzelner in Anspruch nehme, trotz der Protestationen Wolowski's gegen dieses Raisonnement, wonach man jede praktische Verbesserung verwerfen könne, wenn man sie nur als im Zusammenhange mit dem Socialismus stehend darstelle.

Nach den Berichten aus den Departements ist es wahrscheinlich, daß dort bei den Ersahwahlen die rothe Partei eine größere Anzahl von Kandidaten durchsetzen wird, als die gemäßigte, was bei dem überwiegend socialistischen Charakter der betreffenden Departements wohl auch nicht sonderlich auffallen kann. Im Loire-Departement haben die Socialisten ein auf die große Unwissenheit vieler Wähler berechnetes Manöver erfunden, um den Kandidaten der Ordnungspartei, Angles, zu bekämpfen. Ihre Emittäre gehen nämlich auf dem Lande umher und fagen den Leuten, der Kandidat der Ordnungspartei sei ein Engländer; ein guter Bürger aber werde gewiß für einen Feind Frankreichs nicht stimmen wollen. Dieser Aufruf an den Patriotismus soll bereits großen Erfolg gehabt haben und Herr Angles wird in Folge dieser Ausbeutung seines Namens ohne Zweifel durchfallen.

Das Resultat der gestrigen Berathung über das Bürgermeister-Gesetz in den Abtheilungen der National-Versammlung erregt nicht geringe Sensation. Der Ausschuss, der zur Prüfung dieses von der Regierung eifrig gewünschten Gesetzes erwählt worden ist, enthält 10 Mitglieder, die dagegen sind, worunter 8 Legitimisten und 2 Repräsentanten der Opposition, und nur 5, die dafür sind. Die Gesamtzahl der Stimmen, die bei der Wahl des Ausschusses abgegeben worden sind, beträgt 492, wovon 262 sich in einem dem Gesetze feindlichen, und 230 in einem dem Gesetze günstigen Sinne ausgesprochen haben. Die Debatten in den Abtheilungen vor der Wahl der Commisäre waren äußerst lebhaft. Die Legitimisten, wie wir im voraus angeführt, sprachen und votirten hernach auch in demselben Sinne wie der Berg. Die meisten Redner dieser beiden Parteien betrachteten dieses Gesetz als eine neue Steigerung der ohnehin schon sehr lästigen Centralisation der Verwaltung. Sie sahen fernere eine Verletzung des Artikels 78 der Verfassung, der impliciter Weise die Ernennung der Bürgermeister durch die Gemeinden zu wollen scheint, und eine Konfiskation der Gemeindefreiheiten, die großes Mißvergnügen unter den Bevölkerung hervorgerufen könnte, in der vorgeschlagenen Maßregel. Mehrere Redner glaubten wieder bei dieser Gelegenheit hervor zu bringen, bezeichnen zu müssen. Von den Mitgliedern des Berges, deren Sprache im Allgemeinen sehr mäßig war, erklärten mehrere unversehens ihre Ansicht, daß das vorgeschlagene Gesetz nur die Vervollständigung des großen Reaktionsystems sei, das sich schon bei den Gesetzen gegen das Vereinsrecht, gegen die Pressefreiheit und gegen die Elementarlehrer gezeigt habe. Die Mitglieder des constitutionellen Zirkels oder der so genannten Mittel-Partei, und namentlich Lamoriciere, sprachen sich ebenfalls gegen das Gesetz aus, wobei sie sich jedoch im Allgemeinen auf die Bemerkung beschränkten, daß nichts die Dringlichkeit desselben rechtfertige, und daß man ohne alle Gefahr die Vorlegung des dem Staatsrathe unterbreiteten Entwurfs über die Gemeinde- und Departemental-Organisation hätte abwarten können. Die orleanistische und imperialistische Fraktion der gemäßigten Partei erklärte sich zwar auch für die Decentralisation in einem gewissen Maße, und namentlich für die Freiheit der Gemeinden in Bezug auf örtliche Angelegenheiten; allein sie betrachteten das Gesetz als eine zur Erhaltung der Ordnung und Handhabung der allgemeinen Polizei im Lande unter den gegenwärtigen Umständen notwendige Maßregel. Hiers machte sich durch die Unbedingtheit und Entschiedenheit, womit er das Gesetz verteidigte, bemerklich. „Mein ganzes Leben lang,“ rief er aus, „habe ich diese Ansicht gehabt und wenn ich früher auch eine andere Ansicht gehabt hätte, so würde ich dennoch unter den gegenwärtigen Umständen für das Gesetz votiren.“ Der Justiz-Minister und der Minister des Innern verteidigten das Gesetz auf das lebhafteste. Den aus der Verfassung gezogenen Einwurf suchte der Justiz-Minister Rouher mit der Bemerkung zu beseitigen, daß die Verfassung die Ernennung der Bürgermeister ausdrücklich den Gesetzen überlasse und nichts konstitutives darüber enthalte. Ferdinand Barrot, Minister des Innern, wies mit Energie den Vorwurf zurück, daß er Zwietracht in die Majorität habe bringen wollen. „Die Regierung,“ erklärte er, „habe nur der Nothwendigkeit gehorcht, ohne darum für die Zukunft etwas festsetzen zu wollen.“ Der Minister erwähnte, daß unter den Bürgermeistern viele nur Agenten der revolutionären Propaganda seien und daß sich unter denselben sogar mehrere befinden, die in den Wohlthätigkeits-Anstalten eingeschrieben seien und die man habe kleiden müssen, was in seinen Augen eine Protestation des Socialismus gegen den Reichthum bedeute. Bemerkenswerth ist noch eine Aeußerung de Carocheaquetius, der, wie überhaupt die Legitimisten, das Gesetz entschieden bekämpfte. „Ich will lieber,“ rief er aus, „nicht den Municipalfreiheiten anvertrauen, als Regierungen, die fortwährend aus einer Hand in die andere übergehen und die nicht volles Vertrauen für die Zukunft einflößen.“ — Trotz des Bündnisses der äußersten Rechten mit dem Berge, das eine Majorität von 26 Stimmen gegen die Regierung zu Wege gebracht hat, hält der „National“ das Resultat der definitiven Abstimmung über das Gesetz noch für zweifelhaft, indem er bei einzelnen Legitimisten eine Sinnesänderung befürchtet, besonders da Berryer für das Gesetz votirt habe.

Großbritannien und Irland.

London, den 5. März. Es hat sich hier die Nachricht verbreitet, Sir John Franklin und alle seine Gefährten seien wohlbehalten aufgefunden worden. Sie beruht auf folgendem, von einem Herrn Samuel Peck an die Lords der Admiralität gerichteten Briefe:

Liverpool, den 6. März 1850.

An die Lords der Admiralität, London.

Mylords! Ich beileide mich, Ihnen die Nachrichten mitzutheilen, welche ich über Sir John Franklin und seine Expedition erhalten habe. Wahrscheinlich bin ich der Erste, durch den Sie dieselben empfangen. Ich hoffe, sie werden sich als richtig erweisen, da ich die Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit des Uebersenders jener Nachrichten

vollkommen verbürgen kann. Folgendes ist ein wörtlicher Auszug seines von San Franzisko, Californien, den 30. Decbr. 1849 datirten Briefes:

„Gestern war ein Herr an Bord unseres Schiffes, der eben aus Kamtschatka angelangt war und die Nachricht von der Auffindung Sir John Franklin's und aller seiner Gefährten überbrachte; sie befanden sich sämtlich wohl und sind durch die westliche Durchfahrt gekommen.“

„Unterzeichnet Charles Peck.“

Dieser Brief meines Sohnes ist an Bord des englischen Schiffes „Blakeley“ von Liverpool geschrieben. Ich hoffe, Mylords, daß ich der Erste bin, der diese Nachricht von der vermischten Expedition überbringt. Ob die Mittheilungen des von meinem Sohne erwähnten Herren gegründet sind oder nicht, muß sich bald zeigen.

„Unterzeichnet Samuel Peck.“

So erfreulich eine Bestätigung dieser Kunde auch sein würde, viel läßt sich auf obiges Schreiben nicht bauen. Herr Charles Peck mag ein sehr ehrenwerther, zuverlässiger Mann sein; leider wissen wir aber durchaus nichts über die Glaubwürdigkeit des erwähnten Ankömmlings aus Kamtschatka, erfahren auch nicht einmal, auf was sich jene Kenntniß von der Entdeckung Sir John Franklin's gründet, ob auf eigene Anschauung, auf zuverlässige Berichte, oder nur auf ein unbestimmtes Gerücht. — Die durch Eröffnung der Brücke über die Straße von Menai erleichterte Verbindung zwischen London und Holyhead und somit auch zwischen London und Dublin veranlaßt die „Times“ sich über die wahrscheinlich nahe bevorstehende Aufhebung der Statthaltertschaft von Irland auszusprechen. Mit Recht führt die „Times“ an, daß jetzt, wo durch die Communication Irland dem Sitze der Centralgewalt so nahe gerückt sei, die Nothwendigkeit wegfallen, einen Ausnahmeposten, der weder in Schottland, noch in den der englischen Hauptstadt fern liegenden großen Englischen Städten eine Analogie habe, länger fortbestehen zu lassen.

Italien.

Die Nachrichten aus Rom reichen bis zum 28. Februar. Der wegen Tragens eines Messers am 26. Febr. erschossene Bewohner von Velletri hieß Lorenzo Cascapera und stand, da er früher schon mehrmals wegen Diebstahls und anderer Vergehen verurtheilt worden war, unter polizeilicher Aufsicht. Aus demselben Grunde war ihm der Aufenthalt in Rom untersagt. Als er ergriffen und nach der Präfektur gebracht wurde, erklärte er, er habe das Messer bei sich geführt, um die verdammten Hunde von Franzosen zu ermorden, deren einer ihm vor einigen Monaten einen Säbelhieb über den Kopf versetzt habe. Die des Mordversuchs auf den Lieutenant v. Borsigny beschuldigten Personen waren mit Ausnahme eines Einzigen, gegen den die Untersuchung noch fort dauert, freigesprochen worden.

Locales etc.

Schwurgerichts-Sitzung.

Posen den 12. März. Die diesmalige Sitzung des hiesigen Schwurgerichts wurde am gestrigen Tage durch den zum Präsidenten berufenen Appellationsgerichts-Rath Hans Leutner eröffnet. Das Richter-Collegium besteht für diese Session aus den Kreisgerichts-Räthen Thiel und Meyer, dem Kreisrichter Groß u. dem Assessor v. Cronszaj. Als Gerichtsschreiber fungieren die Referendarien Wiglosiewicz und v. Rydzelski, als Dolmetscher der Altarius Wager. Die Staatsanwaltschaft ist durch den hiesigen Staatsanwalt Knebel vertreten. Eine zweckmäßige Aenderung des Lokals bemerken wir darin, daß vor den Sizen der Geschworenen kleine Schreibpulte angebracht sind, auf denen die nöthigen Schreibmaterialien zur Entwerfung von Notizen sich befinden. — Nachdem die meisten der berufenen Geschworenen sich eingefunden, erklärt der Präsident um halb neun Uhr die Sitzung für eröffnet und beginnt dieselbe mit einer kurzen Rede an die Geschworenen, welche mit wenigen klaren Zügen die hohe Wichtigkeit des Amtes eines Geschworenen einerseits, und andererseits die Pflichten desselben darlegt. Von Interesse ist in dem letzteren Theile besonders die Erörterung des Begriffs: Thatfrage, über welche eben die Geschworenen zu urtheilen haben, indem hierunter nicht bloß die That, zur Wahrnehmung der Sinne gekommenen Thatsachen zu verstehen seien, vielmehr dabei auch die Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten und seine böse Absicht erwogen werden müßten; dies gehöre auch zur Thatfrage, hierüber hätten ebenfalls die Geschworenen zu entscheiden. — Der Staatsanwalt will hierauf gleichfalls eine allgemeine Ansprache an die Geschworenen halten, der Präsident erklärt dies Vorhaben jedoch, bei der Stellung der Staatsanwaltschaft im Prozesse als Partei, für unzulässig, und dieser Ansicht tritt schließlich auf die Provocation des Staatsanwalts der Gerichtshof einstimmig bei. — Es wird demnach zur Verlesung der Geschworenen geschritten. Erschienen sind: Kaufmann Treppmacher, Kaufmann Hartwig Mamroth, Gutsbesitzer Antoni Trapezynski, Gutsb. August v. Gromadzinski, Goldarbeiter Rudolph Baumann, Gutsb. Jakob v. Moraczewski, Kfm. Graßmann, Kfm. Hermann Jaffe, Dr. med. Cuno, Gutsb. Faustina Haak, Gutsb. Emil v. Tempelhoff, Gutsb. Oscar Hildebrandt, Gutsb. Theodor Bandelow, Rentier Rißmann, Major u. Stadtrath Wilhelm v. Treszkow, Gutsb. Franz v. Zielonaki, Gutsb. Leon Szmitowski, Apotheker Mannigel, Rechtsanwalt Gustav Pohle, Gutsb. Kaczowski, Gutsb. v. Breza, Gutsb. Titus v. Dobrzycki, Mühlenbesitzer Wehr, Erbpächter Karl Siewert, Gutsb. Alex. Winski, Gutsb. Nepom. Kefzycki. Da somit 10 Geschworene an der gesetzmäßig jede Sitzung zu berufenden Zahl fehlten, so wurden Erhängungs-Geschworene ausgelost und zwar die Herren: Major und Stadtrath Kniffka, Apotheker und Stadtrath Dähne, Bürgermeister Guderian, Reg.-Sekt. Thiele, Rechnungsrath Kramarkiewicz, Kaufm. Leon Kantorowicz, Goldarbeiter Blau, Commiss.-Rath Baarth, Mediz.-Rath Herzog, Reg.-Sekt. Kaluba. Die Verlesung dieser letzteren nimmt mehr als eine Stunde in Anspruch, worauf zunächst dem Apotheker Mannigel aus Gräß auf sein attestirtes Gesuch, wonach er in seiner Apotheke einen qualifizirten Stellvertreter nicht habe, wieder entlassen wird. Ein ebenfalls auf Entlassung gerichteter Antrag des Goldarbeiter Baumann wird für unerblich erachtet.

Die erste zur Verhandlung kommende Anklage geht gegen den Lehrer Ignaz Jazdzewski aus Niegolesko, dem als Vertheidiger der Dr. juris Niegoleski zur Seite steht, wegen Theilnahme am Aufbruch. Die Anklage wirft dem Angeeschuldigten vor, insbesondere durch folgende Thatsachen sich dieses Verbrechens schuldig gemacht zu haben: dadurch, daß er im März 1848 die Bewohner von Niegolesko zuerst in der dortigen Schule ver-

sammelt, dann aber nach dem herrschaftlichen Hofe unter Vorantragung einer polnischen Fahne geführt, ihnen daselbst Proklamationen vorgelesen und dabei geäußert, daß die preussische Regierung aufgehört habe, Polen wieder hergestellt sei und sie (die Bauern) ihre Söhne zu dem Heere der Kosciuszki schicken möchten; daß er ferner bald darauf in verschiedenen benachbarten Dörfern umhergeritten und die dortigen Bewohner aufgefordert, nach Niegolesko zu ziehen, da dort die Deutschen die Polen ermordeten; daß er endlich am 4. Mai desselben Jahres, dem Tage des Bunker Kampfes, bewaffnet in Turkowo bei Buk erschienen und die dortigen Einwohner aufgefordert, in den Kampf nach Buk zu ziehen. — Der Angeklagte bekennt sich nicht für schuldig und giebt nur zu, im März 1848 in der Schule und auf dem herrschaftlichen Hofe zu Niegolesko auf Befehl des Besitzers von Niegolesko Versammlungen gehalten und dabei Proklamationen, die er aus Posen, wo er kurz vorher gewesen, und wo er die ganzen Begebenheiten der Verbrüderung beider Nationalitäten angesehen, mitgebracht, daselbst vorgelesen zu haben. Die in der Anklage angeführten Worte stellt der Angkl. gänzlich in Abrede und will nur zum Schluß ausgerufen haben: Niech zyje Polska! (Polen soll leben). Dagegen bekennt der Zeuge Stanislaus Bartkowiak, Schulze von Niegolesko, bestimmt, daß der Angeklagte gerade die Worte: „Die Fesseln sind gefallen, der König von Preußen hat aufgehört, zu regieren, Polen ist frei,“ gebraucht, was auch die Zeugen Wenzel, Brent, Sobkowiak und Scheffler, sämtlich aus Niegolesko, im Wesentlichen bestätigen. Der Zeuge Casimir v. Niegoleski giebt zwar an, daß er den Befehl zur Abhaltung der in Rede stehenden Versammlung gegeben, vermag aber nicht zu bezeugen, daß dies nicht durch Vermittelung des Angeklagten geschehen sei, weinschen er glaubt, daß dies vielmehr, wie gewöhnlich, durch den Schulzen geschehen sein werde. Mehrere der genannten Zeugen geben dagegen ausdrücklich an, daß der Angeklagte sie zu der Versammlung eingeladen. Der Vertheidiger des Angeeschuldigten sucht die Glaubwürdigkeit namentlich des Bartkowiak dadurch anzufechten, daß er erwähnt, daß nach Inhalt der Akten derselbe mit 16 anderen Wirthen die Demneiation gegen den Angeklagten eingereicht habe, diese, in der es heiße, daß die Wittsteller Preussische und nicht Polnische Regierung wünschten, deutsch abgefaßt sei, Bartkowiak aber nur Polnisch könne. Bartkowiak erklärt, daß ihm der Inhalt des Vorstellens Polnisch mitgetheilt sei, und spricht sich wiederholt damit einverstanden aus. — Die beiden andern Hauptpunkte der Anklage werden von den vorgeschlagenen Zeugen nicht in der angegebenen Weise bezeugt, indem der Wirth Sypchala den Angekl. nicht als den zu recognosciren vermag, der ihn aufgefordert, den Polen in Niegolesko zu Hülf zu ziehen, und der Wirth Casimir Brent zwar bezeugt, daß der Angeklagte ihn aufgefordert, nach Buk zu ziehen, aber nicht, wie in der Anklage angegeben, um 8 Uhr Morgens, sondern am Nachmittage. — Der Staatsanwalt achtet namentlich die letztere Differenz für unerheblich und hält die Anklage in allen Punkten aufrecht. Er beantragt: principalliter den Angeklagten der Theilnahme am Aufbruch, eventuell der Unterstüzung desselben schuldig zu erkennen. Die Vertheidigungsrede, welche sich, was wir vorzugsweise anerkennen müssen, durch Mäßigung auszeichnete, stellte den Angeklagten als einen Menschen dar, der eigentlich hätte viel zu unbedeutend sein sollen, um die Aufmerksamkeit der Staatsanwaltschaft auf sich zu ziehen, zumal politische Prozesse ohnehin nicht geeignet wären, das Ansehen und die Würde des Staats zu erhöhen. Die dem Angeklagten schuldgegebenen Handlungen erachtete der Vertheidiger theils für nicht erwiesen, theils, namentlich nach den Vorgängen in Posen, nicht für strafbar, und beantragte Freisprechung seines Klienten. Die Geschworenen sprachen nach ziemlich langer Berathung in allen gestellten Fragen das Nichtschuldig aus.

Birnbaum den 8. März. Am 5. d. M. gegen Abend fiel der Einwohner H... aus Neu-Zattum, als er auf dem Nachhausewege in etwas trunkenem Zustande über die hiesige, an einer Stelle abgedeckte Ködnig. Warthebrücke ging, in den Strom und ertrank. Sich in der Nähe befindende Schiffer sollen die Gelegenheit, den Unglücklichen zu retten, theilnahmlos haben vorübergehen lassen und werden wegen dieser Lieblosigkeit zur Untersuchung gezogen werden. Der Mann kam von Mezeritz, woselbst seine Tochter wegen Brandstiftung von dem Geschworenengerichte zu 3jähriger Zuchthausstrafe verurtheilt wurde. Die Strafe würde jedenfalls eine härtere geworden sein, wenn nicht mancherlei mildernde Umstände vorhanden gewesen wären; in dem fast einjährigen Voruntersuchungsarreste hier selbst zeigte sich an ihr mehrere mal Spuren von Wahnsinn. — Dasselbe Gericht hat auch den Dienstmacht, welcher im vorigen Jahre bei Karge ein 15jähriges Mädchen, die er für die Tochter seines früheren Brodherrn hielt, und aus Rache gegen denselben mordete, zum Tode mit dem Beile verurtheilt.

Wronke, den 11. März. Gestern Mittag erst wurde der am 28. Febr. ertrunkene Arbeitsmann Weit auf einer vom Wasser gebildeten Sandbank gefunden (s. Jtg. v. 10. d. M.). Derselbe war zum größtentheil verfaulen; vereinten Kräften gelang es erst, ihn aus seinem unwilligen Grabe zu befreien; derselbe ist heute auf dem evangelischen Kirchhofe feierlich beerdigt worden.

In hiesiger Stadt wird für die hinterbliebene Familie (eine Wittwe und sieben Kinder) gesammelt.

Bromberg, den 10. März. In der letzten Woche endlich hat zum ersten Male die Beleuchtung der ganzen Stadt mit Bergöl stattgefunden, und es kann versichert werden, daß die jetzige Beleuchtung die frühere bedeutend übertrifft; das Del wird von einer Hamburger Gesellschaft geliefert, und kostet das Quart nur 10 Sgr. — Unsere Journalisten-Verbindung zwischen hier und Wolberg einerseits und zwischen hier und Danzig andererseits ist ihrem Eingehen nahe, indem selbige sich das Vertrauen des Publikums dadurch verschert hat, daß die Wagen nicht regelmäßig fahren, auch wohl unterwegs wegen Mangels an Passagieren mehrere Stunden, ja oft Tage lang, liegen bleiben, so daß die Mitreisenden über den Zeitpunkt ihrer Ankunft nie bestimmen konnten. Den ersten Stoß erhielt dieses junge Institut, welches bei Eröffnung der Eisenbahnstrecke von hier nach Schneidemühl, also im nächsten Jahre, auch von hier nach Posen seine Fahrten eröffnen wollte, dadurch, daß im Laufe dieses Winters ein Wagen von der Chaussee bei Dirschau durch die Nachlässigkeit eines Kutschers eine Höhe von fast 30 Fuß herabfiel, bei welcher Gelegenheit eine hiesige Bürgerfrau lebensgefährlich, andere Personen weniger erheblich verletzt wurden. — Da wir auf die Ankunft des Posener Stadttheaters, dem Anscheine nach, nicht mehr rechnen dürfen, so ist dem Danziger Stadttheater das hiesige Schauspielhaus für die Sommermonate überlassen worden. — Der Herr Oberlieutenant von Oberg, Commandeur des 4. Infanterie-Regiments, ist von seiner Deputirtenstelle zur 1. Kammer zurückgekehrt, verläßt uns aber

halb wieder, indem er von dem Niederbarnimischen Kreise zum Depu- tirten für das Erfurter Volkshaus gewählt worden ist.

Personal-Chronik.

Posen, den 12. März. (Amtsbl. Nr. 11.) Der Apotheker I. Klasse Fr. Matthesius ist als Provisor der Dahlströmschen Apotheke zu Wreschen bestellt und vereidigt worden. — Der Wundarzt II. Klasse, Chr. Fr. Edenbricht, hat seinen Wohnsitz von Punitz nach Köben a. D. in Schlesien verlegt.

Die bisher von dem Dekonomie-Kommissarius Lindenau in Woll- stein verwalteten Spezial-Kommissions-Geschäfte sind dem Dekonomie- Kommissions-Rath Hansmann, und die Auseinanderlegungs-Geschäfte der Spezial-Kommission in Gnesen dem Dekonomie-Kommissarius Lindenau daselbst übertragen.

Verantw. Redakteur: G. G. H. Violet.

Angekommene Fremde.

Vom 12. März.

Hôtel de Bavière: Frau Gutsb. v. Baranowska a. Marzjewo; die Gutsb. v. Goslinowski a. Koszupa u. v. Laszczynski a. Grabowo; Kfm. Ulbricht a. Biegnitz; Frau Bahnhofs-Jusp. Burchardt a. Samter; Wirtsch. Berno Zerlit a. Sawenczyn; Bürger v. Lubieniski a. Warschau. Bazar: Gutsb. v. Trzapszynski a. Schroda; Lehrer Stizewski a. Jaragnowice; Fürst Sektowski a. Reifen; die Gutsb. v. Potworowski a. Gola; Antanowicki a. Skupi; v. Lipski a. Ludom; v. Kaczorowski a. Jasin; v. Juchynski a. Kowalewo u. v. Kaminski a. Ostrowo. Kauf's Hôtel de Rome: Gutsb. u. Oberstallmst. in Mecklenburg Graf v. Mollki a. Belke; die Gutsb. Graf Radolinski a. Jarozyn; Lichtwald a. Neutauenberg u. v. Jacti a. Neustrelitz; Kommerzien-Rath v. Scholz a. Grätz; Postinsp. Piecet a. Cheltau; Post-Sekr. Röserus a. Solanz; die Kauf. Variels und Inwerg a. Bremen; Rechts- tenheim a. Berlin u. Berner a. Königsberg. Schwarzer Adler; Steuer-Aufsicher Winhold a. Schmiegel; Frau Ober- steuerkont. Wolf a. Czarnikau; Amtm. Bernos a. Ujard; Gutsb. Kladow a. Leponice. Hôtel de Drede: Gutsb. v. Stabewski a. Dzialyn; Frau Gutsb. Salica a. Jelin; Frau Baronin v. Bülow a. Dresden; Frau Ritt- meister Contessa a. Berlin. Goldene Gans: Gutsb. v. Skorzewski a. Rekla.

Hôtel à la ville de Rome: Probst Kulczewicz a. Buk; Gen.-Bevollm. Szmitt a. Neudorf. Hôtel de Berlin: Gutsb. Hartmann a. Chruszewo; Gutsb. Gorowicz a. Kofen; Applicant Michalig a. Zaskunowo; Registr.-Assistent v. Brannick a. Birnbaum; Applicant Seeder a. Lobsens; Lehrer Siedler a. Sorowo. Hôtel de Paris: Gutsb. Szczodrowski a. Pamiatkowo; Kommandarius Weider a. Bagrowicz; Gutsb. v. Swiezycki a. Szczepankowo. Im Eichborn: Die Kauf. Pehser a. Würzburg; Bernhoff, Pehser u. Lewin a. Dolzig; Rozenzewicz a. Gostyn; Gosairet, Lasse, Dettig u. Dettinger a. Radwiz. Im weißen Adler: Kürschner Klafau a. Treptow; Chirurgus Aldt a. Dornitz; Distr.-Commis. Primer a. Wollstein. Im eichnen Vorn: Die Kauf. Heilmannsohn a. Strzelno; Lasker a. Ja- roczyn u. Lippman a. Bagrowicz. Zur Krone: Die Kauf. Tobias a. Königsberg in Pr.; Wolf a. D. Fried- land; Gebr. Kunze a. Jaralewo u. König a. Kofen. Drei Lilien: Partik. v. Chetkowski a. Bagewo.

Markt-Bericht.

Berlin, den 11. März.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 48—54 Rthlr. Roggen loco und schwimmend 25—27 Rthlr., pr. Frühjahr 24 1/2 Rthlr. Br., 24 bez. u. G., Mai-Juni 24 1/2 Rthlr. Br., 24 1/2 G., Juni-Juli 25 1/2 u. 25 1/2 Rthlr. bez. u. G., Juli-Aug. 26 Rthlr. bez. u. Br., 25 1/2 G., Sept.-Okt. 27 Rthlr. Br. Gerste, große loco 20—22 Rthlr., kleine 17—20 Rthlr. Ha- fer loco nach Qualität 15—17 Rthlr., pr. Frühjahr 50 Pf. 14 1/2 Rthlr. Br. Erbsen, Kochwaare 30—32 Rthlr., Futterwaare 27 bis 29 Rthlr. Rübel loco 11 1/2 Rthlr. Br., 11 1/2 bez. u. G., pr. März 11 1/2 Rthlr. Br., 11 1/2 bez., 11 1/2 G., März-April 11 1/2 Rthlr. Br., 11 1/2 bez., 11 1/2 G., April-Mai 11 1/2 Rthlr. Br., 11 1/2 u. 1/2 bez. u. G., Mai-Juni 11 1/2 Rthlr. Br., 11 1/2 u. 1/2 bez. u. G., Juni-Juli 11 1/2 Rthlr. Br., 11 1/2 G., Sept.-Okt. 11 Rthlr. Br., 10 1/2 bez., 10 1/2 G. Leinöl loco 11 1/2 Rthlr. Br., pr. März-April 11 1/2 Rthlr., April-Mai 11 1/2 Rthlr. Mohöl 15 1/2 Rthlr. Palmöl 12 1/2 a 12 1/2 Rthlr. Hanföl 14 Rthlr. Süßsee-Tbran 12 1/2 a 12 1/2 Rthlr. Spiritus loco ohne Faß 13 1/2 Rthlr. vert., mit Faß pr. März-April 13 1/2 Rthlr. Br., April-Mai 13 1/2 Rthlr. Br., 1/2 bez. u. G., Mai-Juni 14 Rthlr. Br., 13 1/2 G., Juni-Juli 14 1/2 Rthlr. Br., 14 1/2 G., Juli-Aug 15 Rthlr. Br., 14 1/2 bez. u. G.

Berliner Börse.

Table with columns: Den 11. März 1850., Zins, Brief, Gold. Rows include: Preussische freiw. Anleihe, Staats-Schuldscheine, Seehandlungs-Prämien-Scheine, Kur- u. Neumärkische Schuldversch., Berliner Stadt-Obligationen, Westpreussische Pfandbriefe, Grossh. Posener, Ostpreussische, Pommersche, Kur- u. Neumark., Schlesische, v. Staat garant. L. B., Preuss. Bank-Antheil-Scheine, Friedrichs'or, Andere Goldmünzen à 5 Rthlr., Disconto, Eisenbahn-Actien (voll. eingez.), Berlin-Anhalter A. B., Prioritäts-, Berlin-Hamburger, Prioritäts-, Berlin-Potsdam-Magdeb., Prior. A. B., Berlin-Stettiner, Cöln-Mindener, Prioritäts-, Magdeburg-Hallerstädter, Niederschles.-Märkische, Prioritäts-, Ober-Schlesische Litt. A., B., III. Serie, Rheinische, Stamm-Prioritäts-, Prioritäts-, v. Staat garantiert, Thüringer, Stargard-Posener.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

Bei dem Comité sind für die Ueberschwemmten fer- ner eingegangen von den Herren: Stiegler u. Comp. aus Pleschen 10 Rthlr.; B. J. in Grätz 2 Rthlr.; L. Wolf in Posen 1 Rthlr.; Gutsb. Geisler 3 Rthlr.; Löwenthal 5 Sgr.; Obst.-Lieutn. Kollmann 1 Rthlr.; Kaufm. Ferd. Schmidt 10 Rthlr.; Ungen. 6 Rthlr.; Frau v. G. aus S. II Rthlr.; Magistrat in Pissa gesammelt 82 Rthlr.; desgl. in Dobrzyce 6 Rthlr. 5 Sgr.; Post-Compt. Moschin noch 3 Rthlr. 27 Sgr. 6 Pf.; Redact. der Gaz. Polska noch 15 Rthlr. 9 Sgr. 8 Pf.; Magistr. in Schmiegel gesammelt 57 Rthlr. 20 Sgr.; dito in Dolzig 11 Rthlr.; meh- rere Bürger in Murow-Goslin 15 Rthlr. 16 Sgr.; aus Thorn durch Jarocinski 15 Rthlr.

In Summa bis jetzt 3184 Rthlr. 3 Sgr. 2 Pf. An Aktualien sind ferner eingeliefert: von Frn. Gutsb. Jordan aus Chomecie 10 Scheffel Kar- toffeln, 1 Tonne Kraut; von Frn. Gutsb. Hoffmeier aus Jlonik 18 Scheffel Kartoffeln; von der Bürgerschaft in Murow-Goslin durch den Frn. Seisenfeder Rosentreter 1 Scheffel Erbsen, 3 Scheffel Roggen, 24 Scheffel Kartoffeln und 1 Hobe- bank; von Frn. Gutsb. Dombrowski aus Winnagéra 2 Tonnen Sauerkraut und 6 Scheffel Kartoffeln; von einem Uogenannten 1 Schfl. Woh- nen; von Frn. Gutsb. v. Joltowski aus Nie- chanowo 12 Scheffel Gerste, 12 Scheffel Buchwei- zen und 6 Scheffel Erbsen.

Zu dem heute im Theater stattfindenden Konzerte sind auch Billets zur Gallerie à 5 Sgr. an der Kasse zu haben.

Bekanntmachung.

Die Passage über die Wallstraße zwischen dem Bromberger Thore und der Dem-Schleusen-Brücke und von da über die große Schleusenbrücke ist für das Publikum von morgen ab wieder gesperrt. Posen, den 12. März 1850.

Königl. Komman- Königl. Polizei- Di- bantur. rektorium.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreis-Gericht zu Posen. Erste Abtheilung, für Civil-Sachen. Posen, den 5. November 1849.

Das dem Bürger Joseph Szuminski und des- sen Ehefrau Brigitta geborne Gembalska ge- hörige, zu Posen Fischerei unter No. 189. belege- ne Grundstück, abgeschätzt auf 6559 Rthlr. 9 Sgr. 10 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Be- dingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am 17. Juli 1850 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Nothwendiger Verkauf.

Das zu Groß-Chrystyko sub No. 24. be- legene Grundstück, abgeschätzt auf 7414 Rthlr. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingun- gen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am 28ten Mai 1850 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Birnbaum, den 6. Oktober 1849.

Königl. Kreis-Gericht. I. Abth.

Bekanntmachung.

Es werden 1) die Naturalien- und Dienst- Ablösungs-, Brennholzabfindungs- und Separations-Sa- che von Kopienno, Kreis des Bongrowicz, 2) die Hütungs-Abfindung der Withe zu Brod- den, Kreis des Chobziesen, in dem Mo- schüger Forst, und die Theilung der Abfin- dung, und

3) die Separations-Sache von Radwonke, Krei- ses Chobziesen, in unserem Ressort bearbeitet.

Alle etwaige unbekanntte Interessenten dieser Angelegenheiten, insbesondere zu 1) die unbekann- ten Erben der verstorbenen drei Geschwister Jo- hann Honorata und Julianna Koludzki, werden hierdurch aufgefordert, sich in dem auf den 16. Mai 1850,

Vormittags 11 Uhr hieselbst in unserem Parteien- Zimmer anberaumten Termine bei dem Herrn Re- gierungs-Assessor Suttlinger zur Wahrnehmung ihrer Gerechtfame zu melden, widrigenfalls sie diese Auseinandersetzungen, selbst im Falle der Verlez- zung, wider sich gelten lassen müssen und mit keinen Einwendungen dagegen weiter gehört werden können. Posen, den 27. Februar 1850.

Königlich Preussische General-Commis- sion für das Großherzogthum Posen.

Proclama.

Der hieselbst verstorbene Geheime Regierungs- Rath von Michalski hat in seinem Testamente den Stanislaus von Michalski zum Mit- erben ernannt und folgenden Personen:

- 1) den Kindern des Joseph von Michalski, 2) den Kindern des zu Buk verstorbenen Kreis- Steuer-Einnehmers Franz von Lewan- dowski, 3) den Kindern seiner verstorbenen Schwägerin, Frau Wialowska, 4) dem Sohne der Frau von Chrzanowska, Legate vermach. Dies wird, da es über den Auf- enthalt der gedachten Interessenten an bestimmten Nachrichten fehlt, den gesetzlichen Bestimmungen gemäß bekannt gemacht. Berlin, den 4. März 1850.

Königl. Stadtgericht. Abtheil. für Civilsachen.

Den 15. März c. Vormittags 10 Uhr wer- den vor dem Kreis-Gericht zu Posen eine Anzahl Möbel öffentlich versteigert werden.

Auktion

von Messern, Gabeln und Säbeln, Solinger Fa- brik, wird Freitag den 15. März Vormittags von 10 und Nachmittags von 3 Uhr ab im Hôtel zum Giechtranz fortgesetzt. Anschüß.

Die Handels-Akademie in Danzig betr. Während des Cursus 1849/1850, welcher mit Ende März d. J. das 18te Jahr des Bestehens der Anstalt beschließt, haben 24 Schüler die Anstalt besucht, von denen sich gegenwärtig noch 20 Schü- ler darin befinden. Donnerstag den 4. April d. J. Morgens 8 Uhr wird der neue Cursus in bei- den Klassen beginnen, wozu ich die gefälligen Mel- dungen schon von jetzt ab an jedem beliebigen Tage erbitte, und auch gern mündlich oder schriftlich nä- here Auskunft ertheilen werde. — Der Lehrplan bleibt unverändert. Danzig, den 11. Februar 1850.

Richter,

Direktor der Anstalt, Hundegasse No. 80.

Mittwoch den 13. d. M. Abends 8 1/2 Uhr Wiederbeginn der Vorträge über classische Li- teratur im Lokale des Vereins für Hand- lungs-Diener. Das Comité.

Ein, von der Stadt Posen 3 und der nächsten Kreisstadt 1/2 Meile gelegenes Freigut, enthaltend 600 Magdeb. Morgen Fläche, Boden I., II. u. III. Klasse, nebst dem darauf befindlichen Inventarium, ist sofort aus freier Hand zu verkaufen.

Wo? erfährt man in der Zeitungs-Expedition von W. Decker & Comp.

Bäckerei-Verpachtung.

Die ehemals Balbesche Bäckerei auf der Fische- rei-Straße No. 17. in Posen, nebst Wohnung, 2 Böden, Stallungen, Garten und Verkaufsbuden, wird Sonntag den 17. d. Mts. Vormittags 11 Uhr auf 3 Jahre von jetzt an verpachtet werden. Schmediske.

Wilhelmsplatz No. 9. ist jetzt gleich oder vom 1. April c. ein möblirtes Zimmer im 2. Stock nach vorn heraus zu vermietthen.

Krämerstraße No. 13. ist die Bel-Etage, so wie der zweite Stock; auf dem Graben No. 27. eine freundliche Parterre-Wohnung zu vermietthen. Das Nähere zu erfragen Markt No. 87. im Laden.

In Posen auf der Fischergasse sind zwei Häuser No. 1. u. 2., nebst Stallung und einem Bauplatz, unter sehr annehmbaren Bedingungen aus freier Hand sofort zu verkaufen. Das Nähere ist bei dem Herrn Dlsztyński, Posen, Graben No. 3b. zu erfahren.

Tuch- und Herrenkleider-Handlung von

Joachim Mamroth,

Markt 56. I Tr.

Zum bevorstehenden Osterfeste empfehle ich mein großes assortirtes Lager fertiger Herren- Garderobe, als: eleganter Oberrocke, Ueberzie- her, Twine, Phantasie-Röcke, Fracks, Hosen, We- sten, Tücher, Leibwäsche ic. ic. zu den billigsten Preisen unter Zusicherung reellster Bedie- nung.

Bestellungen nach Maas werden prompt und solide ausgeführt.

Wegen der nun gänzlichen Auflösung meines Waaren-Geschäfts ersuche ich Alle, welche mir noch Rechnungen zu bezahlen haben, solche gefälligst bis Ende dieses Monats zu berichtigen. Posen, im März 1850.

Herz Königsberger, Markt 91. eine Treppe hoch.

Der Ausverkauf des noch übrigen Waarenbestandes wird, wegen Räu- mung des Locals, ebenfalls nur bis zum 1. April c. fortgesetzt.

Die so vielfach als bewährt aner- kannte Klahm's Dr. Gräfesche Brustthee-Bonbons, gegen Husten und Heiser- feit das Pfund à 10 Sgr., empfiehlt E. Busch, Friedrichsstr. 25.

Falk Karpen, Bronkerstraße No. 91, empfiehlt verschiedene Seiden-Zeuge 1/2 br. 13 — 15 Sgr. die Elle, couleure Twills à 9 — 10 Sgr., schwarze Samlotts à 6 Sgr., Rattune ächtfarbig von 2 — 5 Sgr., wollene Tücher 1/4 à 1 Rthlr. — 2 Rthlr. 15 Sgr., Gardinen-Monfeline à 3 — 5 Sgr., Franzöf. Battiste à 5 Sgr., coul. Sammt- Mancheser à 7 Sgr., Sommer- und Winter-Wuls- kins von 25 Sgr. — 3 Rthlr. das Bein-Kleid, ächte Bielefelder Leinwand, Zwilliche und Julett-Zeuge zu sehr billigen Preisen.

Beste Berliner Glanz-Falglichte, hell und sparsam brennend, à Pfd. zugewogen 5 1/2 Sgr., Cent- nerweise billiger, dito trockne Waschscheie I. Qualität, à Pfd. 3 Sgr. 9 Pf., 8 1/2 Pfd. pro 1 Rthlr., Centnerweise bil- liger, dito ächte Weizen-Stärke I. Qualität, à Pfd. 3 Sgr., wie auch sämtliche Sorten Mehl und Stückleinblau offerirt

Heinrich Marcuse, Breite Straße Nr. 13.

Rothen und weißen Kleezaamen in allen Quali- täten, Steinklee, ächte Französische Luzerne, ächt Englisches Rhegras; Thimothee, Schaafschwin- gel- und andere Sorten Grassaamen, so wie neuen Rigaer und Bernauer Kron-Säe-Leinsaamen offerirt zu billigen Preisen S. SchwoLow, Stettin, Schuhstraße 148.

Saamen-Verkaufs-Anzeige.

Frische, bestgereinigte rothe und weiße Kleezaat, franz. Luzerne (in Original-Ballen), alle gangbare Näh- und Weide-Gräser, Holz-, Gemüße- und Blumenzaamen, billigt bei Gebrüder Auerbach.

Eine Rahns-Ladung frischer Lein- und Rapps- Kuchen empfangen ich aus Posen und offerire meinen jetzigen Vorrath zu sehr billigen Preisen. Julius Jaffé, Neue Straße Nr. 5.

Echten Cognac à 20 Sgr. die 1/2 Quart-Flasche, und feinstes Prov.-Del in Flaschen von 1/2 Pfund Inhalt à 10 Sgr. verkauft die Weinhandlung Carl Scholtz.

Aecht Englisch Porter bei Gebrüder Bassally.

Frische Austern bei Carl Scholtz.

Apollo-Saal.

Kunst- und Zauber-Theater. Mittwoch den 13. März wird die Künstler- Gesellschaft die zweite große Kunst-Vorstellung in 3 Abtheilungen aufführen, und dem geehrten Pu- blikum einen vernünftigen Abend zu verschaffen suchen. Preise der Plätze: Erster Platz 5 Sgr., zweiter Platz 2 1/2 Sgr. Anfang präcise 7 Uhr. Zum gütigen Besuch ladet ergebenst ein M. Wolff.

Die Mitglieder des Allgem. Männergesang-Vere- ins (besonders die jüngeren) werden zu einer den 13. d. Abends 6 Uhr stattfindenden Besprechung, betreffend ein Kränzchen, eingeladen. J.

Verspätet. Eine Mantille ist von der Witbe bis zum Gra- ben verloren gegangen. Dem Finder 1 Rthlr. Be- lohnung. Abzugeben Markt und Neustr.-Gde 70.